

SPARTACVS

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Antiimperialistisches Magazin der DKP Märkischer Kreis

- Juni/Juli 2019 -

Hände weg vom Marienhospital

Demo gegen Schließung übertrifft alle Erwartungen

Das hätte sich Initiator Dominik Peukert sicher nicht träumen lassen, 200 Teilnehmer waren zu der Demo durch die Letmather Innenstadt erwartet worden, erschienen sind weit über 1000.



Es ist dies der dritte Versuch, das Krankenhaus, das mittlerweile zu einer Holding gehört, zu schließen. Über sieben Jahre lang habe man schwarze Zahlen geschrieben, so ein Redner auf der Schlusskundgebung, und nur durch im letzten Jahr notwendige Investitionen in den Brandschutz und andere Dinge, sei man zum ersten mal wieder in den roten Bereich gelangt. Das kam der Holding offenbar sehr entgegen. So habe der Gesamtbetriebsratsvorsitzende das Marienhospital als „Geschwür“ am Körper der Holding bezeichnet. Hier tritt wieder einmal überdeutlich zu Tage, wohin „Sozialpartnerschaft“ führt, nämlich zur Entfremdung der Vertreter der Arbeiterschaft von ihrer eigenen

Klasse – Dura ist auch so ein Beispiel (SPARTACVS von Mai 2018).

Inzwischen wurden über 17500 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt und zählt man die online-Petition hinzu, kamen weit über 20000 Unterschriften zusammen.

Nach der Schließung des St. Vinzenz in Altena würden sich die Fahrtwege für einige Patienten verdoppeln, wenn das Marienhospital geschlossen würde; das kann über Tod oder Leben entscheiden.

Inzwischen beschloss der Kreistag, das Marienhospital bis zum Ende des Jahres zu schließen – hoffen wir, dass interessierte Bürger*innen nächstes Jahr bei der Kommunalwahl das noch vor Augen haben!

Jetzt liegt es bei der Stadt Iserlohn. Es liegen zwei Anträge vor, das Marienhospital städtisch zu übernehmen – entweder völlig (SPD) oder zumindest zeitweise (CDU). Was daraus wird, bleibt abzuwarten. Es ist auf jeden Fall positiv zu bewerten, dass die Bevölkerung nicht mehr bereit zu sein scheint, alles kampfflos hinzunehmen sondern für die eigenen Interessen auch durchaus bereit ist, zu kämpfen. Es ist nur zu hoffen, dass der Schwung des Bündnisses nicht verloren geht bis dahin. Wir werden darüber weiter berichten.

Georg A. Fotiadis

Venezuela unter Feuer

Venezuela wurde im Jahre 1811 von der Kolonialmacht Spanien unabhängig. Eine wichtige Rolle spielte der südamerikanische Unabhängigkeitskämpfer Simón Bolívar; aber nicht nur in Venezuela. Es entstand ein historisches Staatsgebilde, das die heutigen Staaten Kolumbien, Ecuador, Panama, Venezuela sowie Teile von Peru und Guayana umfasste. Durch die Abspaltung Ecuadors und Venezuelas löste sich dieses Großkolumbien auf. Seit dem Tod von Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez sieht sich das bolivarianische Land mit schweren Problemen konfrontiert; Preissteigerungen und Versorgungsengpässe bei Grundbedarfsgütern sind sichtbare Symptome konterrevolutionärer Putschversuche, die sich mit dem Verfall der Erdölpreise ab 2014 verschärft haben. In diesem Zusammenhang stellen die völkerrechtswidrigen US-Sanktionen, Sabotageakte, Blockaden gegen Venezuela und Kuba wesentliche ökonomische Herausforderungen dar. Die Yankees haben de facto die Piratenrolle in der Karibik übernommen. Der legitime Präsident Venezuelas, Nicolas Maduro, wurde mit einem Vorsprung von 42 Prozent gewählt. Venezuela hätte hätte genug Mittel, um sich und andere Länder zu versorgen, gäbe es die westlichen Hindernisse nicht.

Falk Moldenhauer

Grundrecht Öffentlicher Personalnahverkehr (ÖPNV)

Das Regionalisierungsgesetz der BRD vom 27. Dezember 1993 definiert die Sicherstellung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personalnahverkehr (ÖPNV) als eine Aufgabe der grundgesetzlich verankerten Daseinsvorsorge.

Bei Fragen der Migration dient der ÖPNV nachweislich der Integration. Bei Armut und Alter soll er die Mobilität sichern. Dies ist angesichts der Preisentwicklung beim ÖPNV nicht der Fall. Auch ist er zeitlich und geographisch nicht genügend ausgebaut um möglichst alle Ziele zu erreichen. Darüber hinaus ist bzw. wäre seine Nutzung ökologisch sinnvoll, weil er die Nutzung von PKWs weitgehend überflüssig machen kann. So kann der Ausstoß des klimaschädigenden CO₂ und Dioxin minimiert werden.

Das Ziel von autofreien Städten wird realisierbar. Dabei gilt zu beachten, dass selbst die Nutzung von Elektroautos nicht nur ökologisch mehr als fragwürdig ist. Aktuell ist damit auch die Inkaufnahme von Kinderarbeit (z.B. im Kongo) beim Abbau der Rohstoffe Kobalt und Cäsium verbunden.

Um die hehren Ziele des Grundgesetzes (GG) zu erfüllen, fordert die DKP die kostenlose Nutzung des ÖPNV und eine Investition von mindesten 6 Mrd. Euro zu dessen Ausbau. Gegenfinanziert kann dies durch die Einführung einer Millionärssteuer, den Verzicht auf Senkung der Unternehmenssteuer und die Wiedereinführung des Spitzensteuersatzes werden. Last but not least sind die die Ausgaben für die Rüstung zu drosseln.

Der ÖPNV muss gesamtgesellschaftliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle werden. Ein Stopp bzw. eine Zurücknahme von Privatisierungen ist unumgänglich.

Uwe Moldenhauer

Preiserhöhung beim Sozialticket

Profite auf Kosten der Ärmsten der Armen

Nach eineinhalb Jahren soll der Preis für das Sozialticket (Mobilitätsticket) um 5,- Euro erhöht werden, also um bis zu 20 Prozent und dies, obwohl im Gegensatz zu anderen Ticketarten, durch den Verkauf dieses „Sozialtickets“ bereits ein Überschuss erzielt wird (alleine 43 000,- € im letzten Jahr). Betroffen sind einmal mehr die Ärmsten der Armen.



Das ist ein Skandal! Warum gerade Hartz-IV-Bezieher, Aufstocker und Grundsicherungsempfänger zur Reduzierung der Defizite der MVG beitragen sollen, dass müssen die verantwortlichen Politiker des Kreistages erklären.

Auf was müssen die

Menschen mit einem geringen Einkommen noch verzichten? Bekanntlich müssen bereits viele dieser Menschen aus ihrem kärglichen Regelsatz einen zusätzlichen Mietkostenanteil tragen, da die Mieten zu hoch und das Angebot an preisgünstigen Wohnungen nicht ausreichend ist.

Mit 424,- Euro müssen Hartz-IV-Bezieher ihren Lebensunterhalt bestreiten. Für viele Betroffene und ihre Familien es zur Normalität geworden, ihren Lebensunterhalt durch Spenden der ehrenamtlichen Tafeln sicherzustellen.

Mobilität ist ein Grundbedürfnis und dient der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie ist eine Voraussetzung um überhaupt eine Arbeit zu finden.

Wie der Kreistagsabgeordnete Josef Filippek im Ausschuss richtig kritisiert hat, wird die Politik über die beabsichtigte Preiserhöhung lediglich in Kenntnis

gesetzt. Nur der Aufsichtsrat der MVG entscheidet letztendlich über die Preiserhöhung. Das kann so nicht akzeptiert werden. Der Kreistag ist gefordert und muss sich mit der Angelegenheit beschäftigen und ihre Mitglieder im Aufsichtsrat anweisen, dieser unsozialen Erhöhung nicht zuzustimmen.

Zur Durchsetzung der Forderung rief DIE LINKE Lüdenscheid zu einer Kundgebung am 13. Juni auf. Zu dieser Zeit fand im MVG-Gebäude in Lüdenscheid die Aufsichtsratssitzung statt. Teilgenommen haben Parteimitglieder, Mitglieder der Rats- und Kreistagsfraktion sowie Sympathisanten.

Otto Ersching
(stellv. Sprecher der Partei Die Linke, Lüdenscheid)

Die Rückkehr des Wolfes

Wölfe zeigen ein ausgeprägtes Sozial- und Territorialverhalten. Die normale Sozialordnung von Wölfen ist das Rudel, wo jeder sich um den anderen kümmert. So bei der Aufzucht der jungen und der Versorgung der alten Wölfen. Einzelne Wölfe, die man in der Wildnis antrifft, haben das elterliche Rudel verlassen. Dies geschieht meistens mit Beginn der Geschlechtsreife in der Regel spätestens mit drei Jahren, um ein eigenes Rudel zu gründen. Ein Rudel besteht aus 2 bis 8 Wölfen.

Es existiert nicht nur eine Russen-, sondern auch eine ebenso unbegründete Wolfsphobie bei den Menschen. Sie wurden seit dem 15. Jahrhundert weltweit verfolgt.

Sie sorgen jedoch für Waldhygiene, indem sie junge, alte und kranke Tiere sowie Aas fressen. Sie sind Sanitäter für Wald und Flora und verhindern den Ausbruch von Krankheiten und Seuchen.

Biohöfe und Nebenerwerbs-Landwirte sehen sich jedoch durch sie in ihrer Existenz bedroht, da sie u.a. ihre Schafe bedrohen. Dies geschieht allerdings in geringem Maße und könnte durch einen guten Herdenschutz mit Zäunen, Hirten und Hunden abgewendet werden. Da diese Höfe in der Tat am Existenzminimum knapsen, ist für sie eine Finanzspritze aus der Politik dafür unumgänglich und zu fordern! – Das ist in jedem Falle sinnvoller als für getötete Tiere Geld zu erstatten. Auch würde das Gesetz, was erlaubt Wölfe zu jagen, auch wenn sie nur unter Verdacht stehen, Schafe oder andere Nutztiere gerissen zu haben, obsolet.



Im Jahre 2000 kamen nach über 100 Jahren in Deutschland wieder Wolfswelpen zur Welt. Seit der Rückkehr des Wolfes vor 20 Jahren nach Deutschland gab es keine Bedrohungen des Menschen durch ihn. Wölfe sind dem Menschen nicht gefährlich. Sie betrachten den Menschen zu Recht als Feind bzw. Vernichter. Dementsprechend verhalten sie sich dem Menschen gegenüber vorsichtig und scheu. Sie greifen nicht an. Aggressivität entsteht nur, wenn sie in die Enge getrieben werden.

In der römischen Sage erscheint die Kapitulinische Wölfin als menschenfreundlich, indem die ausgesetzten Zwillinge Romulus und Remus säugte. Daher stammt auch der Begriff „Wolfskinder“, der kurz nach Ende des 2. Weltkrieges geprägt wurde. Er bezeichnet Kinder, die keine Eltern und kein Zuhause mehr haben.

Zurzeit leben mehr als 30 Paare in Deutschland. Um Südwestfalen scheinen sie einen Bogen zu machen. Vereinzelt wurden Wölfe im Märkischen Kreis gesichtet. Trotz erhöhter Population besteht keine Gefahr der Übermehring, weil ein Rudel keine weitere Wölfe in ihrem Revier dulden. So reguliert der Wolf sich selbst.

Uwe Moldenhauer

Büchel dichtmachen!

Aktionen von DKP und SDAJ vom 11. bis 14. Juli

Bundesaußenminister Heiko Maas sieht die Bemühungen um nukleare Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen in der Krise. „Das ist eine Gefahr für den Weltfrieden. Wir müssen dem Negativtrend etwas entgegensetzen“, sagte er am Dienstag in Stockholm vor einem Treffen von 18 Außenministern.

Am Tag vorher war er im Iran, der sich einem Wirtschaftskrieg der USA ausgesetzt sieht, obwohl das Land das Atomabkommen mit dem Westen gehalten habe.

Was der Bundesaußenminister der Gefahr für weitere Eskalationen und Kriege entgegensetzen will, verriet er nicht.

Da haben die Kommunistinnen und Kommunisten des Landes schon klarere Vorstellungen. Vom 11. bis 14. Juli haben sie sich vorgenommen, den US-Atomwaffenstützpunkt Büchel dichtzumachen. Das Ziel bekräftigte der DKP-Vorsitzende Patrik Köbele auf dem Festival der Jugend in Köln vor hunderten Zuhörerinnen und Zuhörern. Das Atomwaffenlager Büchel ist ein wichtiger Mosaikstein in der strategischen Planung der Nato.

Der Abwurf der dort lagernden US-Atombomben wird von deutschen Tornado-Piloten geübt. In den nächsten Jahren sollen sie durch neue Bomben mit noch größerer Zerstörungskraft ersetzt werden.

Programm:

Donnerstag, 11. Juli

Anreise bis 18 Uhr, Vorbereitung und Aktionstraining

Freitag, 12. Juli

Vormittags: Aktionstag

Nachmittags: Podiumsdiskussion mit Bündnispartnern "Wie schaffen wir eine atomwaffenfreie Welt?"

Abends: Lieder der Arbeiter- und Friedensbewegung und Grillparty

Samstag, 13. Juli

Vormittags: Infostände und Aktionen in Trier, Koblenz und Mayen

Mittags: Internationale Friedenskundgebung mit unseren Schwesterparteien vor dem Fliegerhorst

Nachmittags: Diskussion von "Büchel atomwaffenfrei" mit Vertretern der Friedens- und Antiatomwaffenbewegung aus den USA, Neuseeland und England

Sonntag, 14. Juli: Aufräumen und Abreise



Flinten-Uschi nach Brüssel

Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin vorgeschlagen

Joa, passt, möchte man sagen; im Hinterzimmer beschlossen und mal ebenso präsentiert, eine Friedensstifterin ist sie auch nicht gerade, eigentlich die optimale Besetzung für einen solchen Posten in der Europäischen Union. Das passt natürlich denjenigen nicht unbedingt, die in der EU die Hüterin des Friedens und der Demokratie sehen, weswegen sie auch nun Sturm laufen. Erhält von der Leyen nicht die „qualifizierte“ Mehrheit (mindestens 55 Prozent der Stimmen, die allerdings auch 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren müssen) bei der Abstimmung im EU-Parlament, bekommt sie den Posten nicht. Allerdings kann das Parlament auch keinen eigenen Kandidaten aufstellen, das darf nur der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs der EU.

Gerade SPD und Grüne lehnen von der Leyen als Kommissionspräsidentin ab. Sie sei zu abhängig von den Staats- und Regierungschefs, so Reinhard

Von der Leyen lernt die Truppe kennen



Bütikofer (Grüne). Aus Unionskreisen ertönt es irgendwo zwischen patriotisch und feministisch, man müsse doch eher stolz sein, dass eine Deutsche, die sogar noch Frau ist (!), einen solch wichtigen Posten erhalten könne.

Aber was ist von einer solchen Person zu erwarten? Surft man etwas im Netz findet man Schlagworte, wie „befürwortet Cyber-Angriffe“, „setzt sich für militärische Unterstützung der Ukraine ein“, „wird es mit den Xi Jinpins, Wladimir Putins etc.

aufnehmen“ und noch im April begründete sie die Ablehnung der Erhöhung der Ausgaben für die Bundeswehr mit „Wir besiegen Russland auch mit wenig Geld für die Bundeswehr.“ (Annegret Kramp-Karrenbauer bekannte sich unlängst zur 2-Prozent-Erhöhung des Militärhaushaltes)

In sofern wird sie Junckers Säbelrasseln fortsetzen, weiterhin provozieren und man muss immer noch hoffen, dass die Russische Föderation und die Volksrepublik China sich besonnen verhalten.

Georg A. Fotiadis

„Man muss etwas ... für diejenigen tun, die Hilfe brauchen, etwas, was keinen Lohn bringt, sondern Freude, es tun zu dürfen“

Albert Schweitzer

Impressum:

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei – Märkischer Kreis

 **DKP Märkischer Kreis**

Autoren dieser Ausgabe:

Otto Ersching
Falk Moldenhauer
Uwe Moldenhauer
Georg A. Fotiadis

Verantwortlicher im Sinne des Presserechts:

Georg A. Fotiadis